

Überlegungen zur Gründung der Erfurter Universität

Die Wiedergründung der Erfurter Universität lediglich als Fortsetzung einer jahrhundertealten Tradition zu betreiben, ist sicher ein falscher Ansatz, der auch politisch kaum durchzusetzen wäre. Diese Neugründung ist nur sinnvoll, wenn man Hochschulpolitik als Strukturpolitik begreift und bewußt als Mittel der perspektivische Gestaltung Thüringens einsetzt. Durch die Schließung der Medizinischen Hochschule und Einengung des Profils der Pädagogischen Hochschule droht die geistig-kulturelle Ausstrahlung der Landeshauptstadt Erfurt noch weiter gegenüber den Zentren Jena und Weimar zu verlieren. Dem kann durch die Gründung der Universität begegnet werden, die mittel- und langfristig der Region aber auch wirtschaftliche Impulse vermitteln muß.

Trotz aller angestrebten Internationalität sollte die Erfurter Universität vor allem für Thüringen konzipiert werden. Das Land kann sich (noch?) nicht den Luxus einer europäischen Elite-Universität leisten, die ein Fremdkörper in der Region bleiben würde. Mit einem solchen Ansatz würde man auch die bisher sehr positive Einstellung der Erfurter Bürger zu der geplanten Universität schnell verspielen. Es müssen Konzepte auf den Tisch, die zugleich realistisch und visionär sind.

Die Finanzmittel des Landes Thüringen sind äußerst knapp. Das kann jedoch nicht bedeuten, daß man auf die Gründung verzichtet. Man hat nie genügend Geld, um eine Universität ins Leben zu rufen. Dagegen wird immer wieder betont, daß Investitionen in Bildung und Wissenschaft Investitionen in die Zukunft sind; und solche brauchen wir dringend. Das bedeutet, daß man sehr verantwortungsbewußt an die Planung gehen muß. Einerseits ist Beschränkung sinnvoll, andererseits sollte man das Fächerspektrum nicht a priori so weit einengen, daß die Universalität gänzlich verloren geht, und die Hochschule keine Eigendynamik entwickeln kann. Diese Dynamik entsteht nämlich vor allem durch die Wechselwirkung der Fächer und eine sich herausbildene Interdisziplinarität.

Der Vorsitzende des Wissenschaftsrates, Prof. Dr. Dieter Simon, fordert eine offensive Strategie zur Erneuerung der deutschen Universitäten mit Blick auf die europäische Forschungs- und Technologiepolitik. Erfurt hat gute Chancen eine solche "neue" Universität zu bekommen. Dagegen ist die Jenaer Universität in Anknüpfung an große Traditionen

schon jetzt zu einer konservativen Ordinariuniversität geworden.

Der immer wieder in Spiel gebrachte Begriff der "Europa-Universität" ist zunächst nichtssagend, da eine wirkliche Universität immer international orientiert ist. Mit Blick auf die abzusehende Entwicklung macht es aber vielleicht tatsächlich Sinn, in Erfurt Schwerpunkte in Forschung und Lehre zu setzen, die sich aus der europäischen Integration ergeben. Damit ist sowohl die Einbindung Deutschlands in die Europäische Gemeinschaft gemeint, wie auch die Annäherung der osteuropäischen Kulturen und Wirtschaften an Westeuropa. Die zu erwartenden Konflikte führen zu einem enormen Forschungs- und Handlungsbedarf u.a. in den Sozialwissenschaften, der Jurisprudenz, den Philologien und Wirtschaftswissenschaften. Man sollte sich aber auch nicht nur bezüglich der Inhalte an Europa orientieren, sondern auch bezüglich der Struktur der Erfurter Universität in Europa umsehen, um auch auf diesem Gebiet neue Ansätze zu erproben.

Wie ist nun die Situation, die die Universitätsgründer, wen immer man damit auch identifizieren möchte, in Erfurt vorfinden?

Es existiert die Pädagogische Hochschule mit vier Fakultäten, die schon fast einer klassischen Universitätsstruktur entsprechen, es gibt das Philosophisch-Theologische Studium, die in Abwicklung begriffene Medizinische Hochschule, ein ausgeprägtes Interesse der Stadt an einer Universitätsgründung, ein zuständiges Ministerium ohne Konzept und ein leeres Landessäckel. Das scheint die Zusammenfassung des Vorhandenen zu einer Universität als einfachsten Weg zu implizieren. Jedoch ist schnell klar, daß damit die oben genannten Ziele kaum zu erreichen wären. Dem steht auch der politische Wille entgegen, die PH Erfurt nicht zum Ausgangspunkt der Universitätsgründung zu machen. Die Gründer befinden sich also in dem Dilemma, daß im Ergebnis ihrer Arbeit eine wirklich neue Universität dastehen soll, die keine bloße Erweiterung der Pädagogische Hochschule ist, und andererseits das Konzept bezahlbar sein muß. Die Lösung dieses Problems glaubt man in der Beschränkung der Universität auf die Geistes- oder "Bücherwissenschaften" gefunden zu haben.

Die mögliche Struktur der Erfurter Universität zeichnet sich aufgrund der politischen Willensbekundungen und der äußeren Zwänge damit schon relativ deutlich ab.

Ein wirtschaftswissenschaftliche und eine juristische Fakultät stehen sicher am Anfang der Entwicklung. Hier sind durch die thüringer Politiker bereits Prioritäten gesetzt worden, und es gibt eine unbestreitbaren Bedarf in diesen Fächern.

Die Ausbildung von Wirtschaftswissenschaftlern muß bei den grund-

ständigen Studiengängen zunächst vorrangig die thüringer Interessen und Notwendigkeiten berücksichtigen. Darüber hinaus könnte ein Schwerpunkt der Forschung und postgradualen Ausbildung die Wirtschaftsstruktur der osteuropäischen Länder sein. Hier gibt es sicher Anknüpfungspunkt zur Jurisprudenz die sich korrespondierend mit Wirtschafts-, Verwaltungs- und Umweltrecht beschäftigen könnte. Als weiterer Schwerpunkt bietet sich das Sozialrecht an, da die Verlegung des Bundessozialgerichts nach Erfurt zu einer hohen personellen Kompetenz am Universitätsstandort führen wird. Im beiderseitigen Interesse sollte zwischen dem Gericht und der Juristischen Fakultät eine enge Zusammenarbeit bestehen. Vielleicht könnte man auch strukturell hierbei neue Wege beschreiten, die natürlich die Unabhängigkeit des Bundessozialgerichts in keiner Weise einschränken dürfen.

Für eine moderne, auf Europa orientierte Universität ist die Vermittlung von Fremdsprachen unverzichtbar. Will man hier universitäres Niveau erreichen und nicht nur ein Sprachenzentrum errichten, so kommt man um die Gründung einer philologischen Fakultät nicht herum, an der nicht nur Sprachen gelehrt werden, sondern an der auch die entsprechende Forschung sich entwickeln kann. Das impliziert die Ausbildung von Lehrern, wenn die Sprach- und Literaturwissenschaft nicht reinen Selbstzweck sein soll.

Ob es theologische Fakultäten an der Erfurter Universität geben wird, hängt vornehmlich von der Entscheidung der Kirchen ab. Es ist zu erwarten, daß zumindest die katholische Kirche hier eine Fakultät durch Einbeziehung des Philosophisch-Theologischen Studiums errichten wird, um in Thüringen ein Gegengewicht zur mehr protestantischen Jenaer Universität zu schaffen. Aber auch die evangelische Kirche könnte in einer entsprechenden Fakultät die Traditionen der kirchlichen Hochschule Naumburg fortsetzen wollen. Da es nur einen geringen Bedarf an katholischen und evangelischen Pfarrern in Thüringen gibt, wird man sich auf die Ausbildung von Lehramtsstudenten konzentrieren.

Unsere Gesellschaft steuert weniger auf eine ökonomische als auf eine soziale, ökologische und ethische Krise zu. Deshalb sollten auch die Geistes- und Sozialwissenschaften schon mit Gründung an der Erfurter Universität präsent sein. Sie vor allen müssen für die Interdisziplinarität sorgen, die zur Lösung der dringendsten gesellschaftlichen Probleme notwendig sein wird. Dabei werden sie auch naturwissenschaftliche und medizinische Kompetenz benötigen. Weitere Ziele der Sozialwissenschaften, die ihren hohen Stellenwert ausmachen, sind die Beratung von Wirtschaft und Politik sowie die strategische Beeinflussung des Bildungswesens und der Lehrerausbildung.

Hier stellt sich nun das Problem der Rolle der Lehrerbildung an der künftigen Erfurter Universität. Es gibt keine deutsche Universität ohne Lehramtsstudiengänge, und es gibt auch keinen vernünftigen Grund diese gerade in Erfurt auszugrenzen. Auf dem Gebiet der Lehrerbildung liegen langjährige Erfahrungen an der Pädagogischen Hochschule vor, die natürlich nicht unkritisch zu übernehmen sind. Diese Hochschule ist in den letzten Jahren neu strukturiert worden und hat eine personelle Erneuerung besonders im Bereich der Professoren erfahren, wie keine andere Thüringer Hochschule. Sie besitzt die bestausgebaute erziehungswissenschaftliche Fakultät einer deutschen Hochschule, deren Professorenstellen alle durch Ausschreibungen neu besetzt wurden. Die Voraussetzungen sind also günstig, gerade in Erfurt die von Bildungswissenschaftlern und -politikern dringend angemahnte neue Qualität der Lehrerbildung zu schaffen. Hierfür sind die Chancen an der Pädagogischen Hochschule wesentlich besser als an der Universität Jena, wo die Konzentration der Kräfte auf die Diplomstudiengänge erfolgt und die Studenten für das Lehramt (auch quantitativ) eine Nebenrolle spielen. Gerade der Bereich der Grund- und Regelschule ist jedoch hochsensibel. Hier wird nicht nur Bildung vermittelt, um den "Standortfaktor Qualifikation" zu entwickeln, sondern hier müssen Wertvorstellungen geprägt werden, die auch zukünftig die Stabilität unserer Demokratie garantieren. Der PH könnte es viel besser gelingen, durch integrative Ansätze eine neue Qualität der Lehrerbildung zu erreichen. Konzepte dafür müssen schnellsten auf den Tisch, und nur wenn in ihrer Realisierung wirklich etwas Neues entsteht, hat die Lehrerbildung an diesem zweiten Standort in Thüringen wirklich eine Zukunft.

Zu einem besonderen Problem scheint sich die Ausbildung von Grundschullehrern zu entwickeln. Hier wird von interessierter Seite vorsichtig der Gedanke ins Spiel gebracht, diese Ausbildung an eine Fachhochschule zu verlagern. Abgesehen davon, daß diese Ausbildungsform in Thüringen gerade erst mit guter Begründung auf Hochschulniveau gehoben wurde, kann sich eine Verschulung in diesem Bereich verheerend auswirken. Wie schon oben diskutiert, ist dieses Bildungsabschnitt besonders für die Herausbildung von Wertvorstellungen wichtig. Deshalb wird der universitär gebildete Lehrer benötigt, der nicht nur Wissen vermittelt, sondern durch seine Persönlichkeit auf die Schüler wirkt.

Der Gedanke, mit der Verlegung der Grundschullehrerausbildung an eine Fachhochschule Geld zu sparen, ist in zweierlei Hinsicht falsch. Erstens werden alle existenziellen Probleme (z.B. Umweltverschmutzung, Staatsverschuldung, Ausländerintegration) derzeit nicht gelöst, sondern nur in den Verantwortungsbereich der nächsten Generation verschoben. Wenn man nun auch noch an deren Bildung und Erziehung spart, ist das

für unsere Gesellschaft geradezu selbstmörderisch. Zweitens hat das Land Thüringen die Grundschullehrerausbildung gerade erst mit beträchtlichem Aufwand in Erfurt aufgebaut, sodaß es regelrecht eine Verschwendung von Mitteln wäre, sie hier zu schließen und an einer Fachhochschule erneut aufzubauen.

Eng verknüpft mit der Ausbildung von Regelschullehrern ist die Frage nach der Rolle der Naturwissenschaften an der künftigen Erfurter Universität. Hierzu gibt es die klare Aussage, daß es aus finanziellen Gründen in der ersten Ausbauphase der Universität keine mathematisch-naturwissenschaftliche Fakultät geben soll. Das muß aber nicht bedeuten, daß man auf naturwissenschaftliche Kompetenz ganz verzichtet. Diese wird schließlich für die Ausbildung von Lehramtskandidaten, für "Dienstleistungen" und als Kooperationspartner für die Sozialwissenschaften benötigt. Strukturell könnten die Naturwissenschaften zunächst unter dem Dach einer erziehungswissenschaftlichen oder einer philosophischen Fakultät untergebracht werden. Man könnte sie in dieser ersten Stufe personell und finanziell auf dem heutigen Niveau der PH belassen (Kosten: ca. 10 Mio DM pro Jahr). Das bedeutet, daß man auch eine naturwissenschaftliche Grundlagenforschung in begrenztem Umfang zuläßt, um einer Verschulung der Lehre vorzubeugen. Die weitere Entwicklung der Naturwissenschaften sollte man dann dem Bedarf an Studienplätzen und der inneren Dynamik der Universität überlassen.

Die Naturwissenschaftler an der Universität können nur aus den Nachfolgeeinrichtungen der Medizinischen Hochschule oder aus der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der PH kommen. Letztergenannte Fakultät muß bei Strafe ihres Untergangs schon heute ein Konzept für ihr Eingehen in die Universität erarbeiten und dann konsequent realisieren. Die Schwerpunkte könnten neben der Lehrerbildung aktuelle interdisziplinäre Themen wie Ökologie oder Technikfolgen- und -risikoabschätzungen sein. Darüber hinaus muß die Verbindung zur Wirtschaft im Territorium gesucht werden, um sich eine Lobby zu schaffen.

Die Pädagogische Hochschule Erfurt wird bisher vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst offenbar lediglich als "Parkbahn" für die Universitätsstellen angesehen. Bis zum Zeitpunkt der Universitätsgründung wird es bei jetziger Aufgabenstellung dort kaum noch Studenten geben, denn es werden in den nächsten zehn Jahren kaum Regelschullehrer in Thüringen gebraucht, und die Schüler sind aufgrund eigener Erlebnisse nicht motiviert, den Lehrerberuf zu ergreifen. Die geringe Studentenzahl wird es den politische Verantwortlichen leicht machen, einen Großteil des Personals auf die Straße zu setzen und die freiwerdenden Stellen an die Universität zu geben. Abgesehen davon, daß diese Politik sehr unfair

gegenüber den Mitarbeitern der PH ist, die selbst bei guter Arbeit keine Chance in der zukünftigen Thüringer Hochschullandschaft haben, stellt diese Politik eine ungeheuerliche Verschwendung von Steuermitteln dar. Hier müßten die Öffentlichkeit und der Landesrechnungshof reagieren.

Die Pädagogische Hochschule hat mehr als 60 C4- und C3-Stellen in ihrer Struktur, die zu einem großen Teil bereits mit neuberufenen oder neuernannten Universitätsprofessoren besetzt sind. Diese Hochschullehrer sind nach Thüringen gekommen, um hier in Lehre und Forschung tätig zu werden, und es ist unverantwortlich, die Hochschule bis zur Eröffnung der Erfurter Universität, die realistisch gesehen nicht vor 1998 erfolgen wird, praktisch zur Untätigkeit zu verurteilen. Bei den bisher genehmigten Studiengängen im Bereich des Lehramts an Grund-, Regel- und Berufsschulen ist an allen ostdeutschen Hochschulen ein dramatischer Rückgang der Studienbewerber zu konstatieren. Damit wird die Zahl der Studenten der PH bald unter die Zahl der Mitarbeiter sinken. Das ist angesichts der Überlastung fast aller anderen deutschen Hochschulen nicht zu vertreten. Das Ministerium für Wissenschaft und Kunst muß endlich seine Blockadepolitik gegenüber dieser Hochschule aufgeben und neue Studiengänge genehmigen, die es der PH ermöglichen, attraktive Angebote an die potentiellen Studenten zu machen, und eine Entwicklung in Richtung auf die Universität zu nehmen. Das könnte dem Land in der Phase der Universitätsgründung viel Geld sparen. Die politischen Vorbehalte, die dem entgegenstehen, sollten endlich überwunden werden.

Der vernünftige Weg kann nur so aussehen, daß man der Pädagogischen Hochschule viele Entwicklungswege im Vorfeld der Universitätsgründung öffnet. Die erneut evaluierte Hochschule kann dann als erziehungswissenschaftliche Fakultät an die neuentstandene Universität angegliedert werden. Schrittweise werden die an der PH vorhandenen Fächer in die entsprechenden anderen Fakultäten der Universität überführt. Das wird bei den Philologien und Sozialwissenschaften sicher schneller gehen als bei den Naturwissenschaften, bietet aber allen Fächern eine leistungsgerechte Perspektive. Man vermeidet bei einer solchen Vorgehensweise auch den Eindruck, die Universität sei aus der Pädagogischen Hochschule hervorgegangen.